

Baumstreit in Kassel: Nachbar kämpft gegen Ebereschen und Gesetz

Ein Kasseler Mann kämpft seit Jahren gegen einen  berwachsenden Baum seiner Nachbarn, doch juristische und baurechtliche Hürden stehen ihm im Weg.

In Kassel, ein 83-jähriger Mann wird seit Jahren von den überhängenden Ästen zweier Ebereschen aus dem Nachbargarten in Wehlheiden geplagt. Der Rentner Rainer Hamenst dt hat sich entscheidend dafür eingesetzt, diese Bäume zu stutzen, da sie nicht nur sein Garagendach belasten, sondern auch Schäden verursachen. Die mobile Ernte der Eberesche ist nicht nur eine Frage der Sauberkeit, sondern hat auch ernsthafte bauliche Konsequenzen für seine Garage. Im Sommer 2023 gab es beim Unwetter sogar Schäden durch herabfallende Äste. Doch die Lösung seines Problems scheint weit entfernt.

Rainer Hamenst dt hat in der Vergangenheit mehrmals versucht, eine Einigung mit den Eigentümern der Bäume, den Vereinigten Wohnst tten, zu erzielen. Seine Bemühungen blieben jedoch gr tenteils ohne Erfolg. Bisher haben sie höchstens kleinere Äste weggemacht , sagt er resigniert. Der Versuch, auf den Rechtsweg zurückzugreifen, wurde ihm von einem Gericht abgeraten. Dies geschah nicht ohne Kosten; Expertenreisen in den hohen f hnstellig Bereich, sollte er den rechtlichen Streit fortsetzen. Der verzweifelte Rentner fühlt sich in seiner Wohnung regelrecht enteignet, lässt aber den Kampf um sein Recht nicht aufgeben.

Rechtsstreit um Baumschutzsatzung

Das Kernproblem, das Hamenstædt und die Vereinigten Wohnstætten trennt, sind die unterschiedlichen Auffassungen über das geltende Recht. Laut Hamenstædt wird das Selbsthilferecht aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Paragraph 910, ihm das Recht einräumen, überragende Äste ohne Genehmigung zu entfernen, sofern die Bäume dabei nicht absterben. Die Wohnstætten hingegen berufen sich auf die Kasseler Baumschutzsatzung, die solche eigenmächtigen Maßnahmen untersagt. Laut dieser Satzung sind Baumfällungen und Schnittmaßnahmen für bestimmte Baumarten vorab bei der Stadt Kassel zu beantragen. Spätestens hier ist der Konflikt offensichtlich.

Die Baumschutzsatzung sieht eigens für Laubbäume wie die Eberesche vor, dass sie nur unter bestimmten Maßgaben beschnitten werden dürfen. So ist zum Beispiel ein maximaler Schnitt von nur zehn Prozent des Kronenvolumens erlaubt, was Hamenstædt möglicherweise in seiner Handlungsfreiheit stark einschränkt. Ein Verstoß hiergegen kann schwerwiegende finanzielle Folgen nach sich ziehen, mit Geldstrafen von bis zu 100.000 Euro. Städtische Baumschutzsatzungen stehen grundsätzlich über nachbarrechtlichen Ansprüchen, erklärt der Kasseler Rechtsanwalt Jürgen Eichel.

Die Vereinigten Wohnstætten lehnten es ab, auf Anfrage zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, was das Vorhaben von Hamenstædt weiter kompliziert. Immerhin hat er im Laufe der Jahre gezeigt, dass ihm die Situation ernst ist; trotz seines Alters steigt er regelmäßig auf das Dach seiner Garage, um die gefallenen Blätter von den Bäumen zu entfernen. Ein mühseliger und anstrengender Prozess, der die körperlichen Grenzen der Zeit zeigt. Hamenstædt wünscht sich eine eigenständige Lösung, doch der eingeschlagene Weg wurde durch widrige Umstände behindert.

Rechtliche Herausforderungen und mögliche Alternativen

Ein weiterer bedeutender Punkt in dieser Auseinandersetzung ist die Frage, ob das Bundesverfassungsgericht in dieser Angelegenheit eine entscheidende Rolle spielen wird. Sollte Hamenstædt nachweisen können, dass die Bæume auf verbindliche Weise seine Struktur gefährden, könnte es zu einem Präzedenzfall kommen, der weitreichende Auswirkungen auf æhnliche Streits mit Nachbarn und deren Bæume haben könnte.

Pauschal kann jedem geraten werden, Konflikte þber Bæume oder Hecken zunæchst sachlich und besonnen anzugehen. Der Gang zu einem Schiedsamt kann ein guter erster Schritt sein, bevor es zu einem langwierigen Rechtsstreit kommt. Nachbarn sollten Freundschaften bewahren und nach Løsungen suchen denn oft sind es die kleinen Probleme, die langfristig zu groäen Konflikten fþhren können.

Rechtslage in Hessen und die Baumschutzsatzung

Die Baumschutzsatzung in Kassel ist ein Teil des umfassenderen Umwelt- und Naturschutzrechts, das in Hessen und deutschlandweit reguliert wird. Die Satzung zielt darauf ab, den Erhalt von Bæumen zu fõrdern und die Biodiversitæt in stædtischen Gebieten zu wahren. Solche Regelungen können von Stadt zu Stadt variieren, wobei die Schwerpunkte oft auf dem Schutz von alten und geschþtzten Bæumen liegen.

In Hessen ist ein Baum ab einem Stammumfang von 80 cm in 1 Meter Høhe schþtzenswert. Diese Regelung entstand aus der Erkenntnis, dass alte Bæume nicht nur Lebensraum fþr viele Tierarten darstellen, sondern auch eine wichtige Rolle im Stadtklima spielen. Daher wird der Abbau von Grþnflæchen und das Fællen von Bæumen reguliert, um die stædtische Umwelt und das Økosystem zu schþtzen. Die Hessische Baumschutzverordnung, die Grundlage fþr solche Satzungen bildet, ist ein wichtiges Instrument zum Schutz der Natur.

K fnftige Änderungen in der Baumschutzgesetzgebung

Die rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf Baumschutz könnten in Zukunft Änderungen erfahren. Aktuell sind viele Kommunen bestrebt, eine Balance zwischen individuellem Eigentum und ökologischen Anforderungen zu finden. Das Thema wird auch auf politischer Ebene sowie in Umweltverbänden intensiv diskutiert.

Ein Aspekt, der zunehmend in den Fokus r pckt, ist die Notwendigkeit der Anpassung städtischer Begr nungsstrategien an den Klimawandel. Der Erhalt und die Pflege von B umen sehen sich zunehmend Herausforderungen durch Hitze, Krankheiten und Schädlinge gegenüber. Daher könnte eine Anpassung der Baumschutzsatzungen notwendig sein, um sowohl den individuellen Bedürfnissen der Grundstückseigentümer als auch den klimatischen Erfordernissen gerecht zu werden.

Nachbarschaftsrechtliche Konflikte und deren Lösungsansätze

Konflikte im Nachbarschaftsrecht sind in Deutschland nicht ungewöhnlich und können auf eine Vielzahl von Gründen zurückgeführt werden, wie z.B. Grundstücksgrenzen, Baumhöhen und Lärmentwicklung. In vielen F llen wird empfohlen, den Dialog mit den Nachbarn zu suchen oder an Vermittlungsstellen wie Schiedsamt ein Unterstützung zu erhalten, bevor der Rechtsweg beschritten wird. So können oftmals langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren vermieden werden.

Bemerkenswert ist, dass in vielen F llen Schiedsstellen eine Mediationsrolle einnehmen und helfen, eine Lösung zu finden, die für beide Parteien akzeptabel ist. In Hessen unterstützen verschiedene Stellen die Konfliktbewältigung zwischen

Nachbarn, was insbesondere bei einer wachsenden Urbanisierung und einer zunehmenden Verdichtung der Wohnverhältnisse von Bedeutung ist.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de